

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Mittwoch

6. August 1924

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftzeit 9-5 Uhr

Verleger: Socwärtz-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Deutschland und die Räumungsfrage.

London, 6. August. (Eigener Juntbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Die deutsche Delegation wird ihre Stellung zu den Beschlüssen der Alliertenkonferenz am Mittwoch um 12 Uhr überreichen. Die Redaktion der deutschen Stellungnahme ist in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch fertiggestellt worden. Es handelt sich bei dem deutschen Memorandum um eine nähere Darlegung der Punkte, die vom deutschen Standpunkt aus mit Rücksicht auf eine ordnungsgemäße Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens nicht ertüchtlich erscheinen. Die deutsche Delegation verzichtet zunächst darauf, die für sie ertüchtliche Lösung im einzelnen ausführlich darzulegen. Schwierigkeiten dürften bei den kommenden Verhandlungen in erster Linie die Räumungsfrage hervorgerufen. Dieser Punkt dürfte sicherlich auch eine vom deutschen Standpunkt aus befriedigende Lösung erfahren, wenn Deutschland in der Lage wäre, Frankreich einen annehmbaren Ausgleich finanzieller Art zu bieten. Hier ist ein Ausweg aber sehr schwierig. Deutschland selbst wird nicht in der Lage sein, diesen finanziellen Anforderungen zur Erreichung der französischen Nachkriegsgerichte gerecht zu werden. Infolgedessen bleibt nur die Möglichkeit einer Lösung im Zusammenhang mit dem Problem der inkassierten Schulden.

Besprechungen der Delegationsvertreter.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung statt, an der je drei Vertreter der hauptsächlichsten Delegationen, einschließlich der deutschen, teilnahmen. Gegenstand dieser Beratung war das Memorandum, das die deutsche Delegation heute nacht ausgearbeitet hat, um ihre Bemerkungen bezüglich der von den Allierten ausgearbeiteten Dokumente schriftlich niederzulegen. Bis zur Stunde — 1 Uhr mittags — ist ein Zeitpunkt für das Zusammenkommen der nächsten Plenarsitzung noch nicht festgesetzt worden, aber man nimmt an, daß dies noch im Laufe der heutigen Beratung, die noch andauert, geschehen wird.

Günstige Aufnahme der Kanzlerrede in Frankreich.

Paris, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Delegation hat in Frankreich eine ungewöhnlich gute Presse. Der „Matin“ nennt die kurze Rede, in der Reichskanzler Ramsay MacDonald geantwortet hat, in jeder Hinsicht vollkommen. Der Kanzler habe darin in wenigen Worten alles gesagt, was er zu sagen gehabt habe. Er habe damit auch auf die alliierten Delegationen einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. „Petit Parisien“ meint, die Atmosphäre, in der die Verhandlungen mit den Deutschen begonnen hätten, sei über Erwarten günstig. Der vom Kanzler feierlichst proklamierte Wunsch Deutschlands, sich mit den Alliierten über die Durchführung des Sachverständigen-Programms zu verständigen, habe den Eindruck des guten Willens von deutscher Seite bestärkt, und diese Erklärung sei um so bemerkenswerter, als die deutschen Delegierten seit ihrer Ankunft in London in Kenntnis aller in den letzten Tagen gefassten Beschlüsse gewesen seien. Der „Quotidien“ läßt sich aus London melden, daß alle Beteiligten von der ersten Fühlungsnahme mit den Deutschen sehr befriedigt gewesen seien. Die deutschen Delegierten seien zwar zunächst von der Art, wie Ramsay MacDonalds Anspielung auf keinen am Sonntag morgen abgehenden Zug nicht allzu ernst gemeint gewesen sei und daß, falls sich die Notwendigkeit erweisen würde, die Alliierten nicht zögern würden, den am Dienstag genannten Endtermin der Konferenz hinauszuschieben.

In den Kreisen der alliierten Delegation hat man mit großer Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Ansprache des Kanzlers keinerlei Drohung und keine jener umgedrehten Anspielungen enthalte, an die man auf deutscher Seite von früheren Konferenzen gewöhnt sei. Nur das „Echo de Paris“ läßt scharfe Kritik. Es unterstreicht, daß der Reichskanzler Ramsay MacDonalds Programm der Sachverständigen wesentlich als eine Phase für die Regelung der Reparationsfrage aufgefaßt habe, während von französischer Seite dieses Programm ohne Bedingung und Vorbehalte angenommen sei. Wenn die Konferenz diesen deutschen Standpunkt annehme, so könne man kaum mehr davon sprechen, daß Frankreich und Deutschland auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung verhandelten, da Frankreich bereits die Hände gebunden habe, während Deutschland völlige Freiheit habe, darüber zu diskutieren und zu verhandeln.

Direkte Fühlungsnahme zwischen der deutschen und französischen Delegation.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Matin“ wird Herrriot bereits am Mittwoch abend gelegentlich eines von Ramsay MacDonald gegebenen Festessens Gelegenheit haben, sich mit dem Kanzler außerhalb der Konferenz zu unterhalten. MacDonald, der es immer bedauert habe, daß Deutschland und Frankreich bisher niemals Gelegenheit zu direkter Aussprache gefunden hätten, scheint die Absicht zu haben, die französischen und die deutschen Delegierten möglichst häufig zusammenzubringen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den Gedankenkomplex der deutsch-französischen Probleme und Beziehungen zu erörtern. Nach der gleichen Quelle wird Herrriot in diesen Tagen auch mit dem Chef der russischen Delegation in London, Katsowski, zusammenzutreffen. Ganz allgemein ist der Eindruck in Paris der, daß von deutscher Seite gegen die bisherigen Beschlüsse keinerlei unüberwindliche Einwände gemacht werden, vorausgesetzt, daß Deutschland in der Frage der militärischen Räumung der Ruhr die von ihm geordnete

Genugtuung erhalte. Unter diesen Umständen werde wahrscheinlich diese Frage, obwohl sie nicht auf der Konferenz selbst diskutiert werden könne, im Vordergrund der Londoner Konferenz stehen.

Die Aussichten der deutschen Anleihe.

New York, 6. August. (E.P.) Das „Wallstreet-Journal“ schreibt über die deutsche Anleihe, daß der Erfolg dieser Anleihe in der Hauptsache von der Höhe des Zinsfußes abhängen werde, doch würden 7 Proz. genügen, um die Geldleiher zu interessieren. Schon jetzt seien Bestrebungen im Gang, um ein Syndikat zu gründen, das in den Vereinigten Staaten die Ausgabe der Anleihe in die Hand nehmen werde. In diesem Syndikat würden folgende Großbanken vertreten sein: Morgan, Kahn, Loeb u. Co., First-Nationalbank, National-Citybank, Bankers-Trust, Kidder-Peabody u. Co., Harry Forbes u. Co. An der New Yorker Börse zeigt man gegenwärtig großes Interesse für alle deutschen Aktienpapiere, so z. B. für die 3½prozentigen Preußentrenten seit einigen Tagen um 25 Punkte gestiegen.

New York, 6. August. (W.F.B.) Zahlreiche Bankiers äußerten die Ansicht, die Aufhebung der Hälfte der im Dawes-Plan vorgesehenen Anleihe hierzulande bedeute nur die Einleitung des amerikanischen Programms für die finanzielle Unterstützung Deutschlands. Das Inkrafttreten des Dawes-Planes werde weitere Kredite und Anleihen für die deutsche Geschäftswelt zeitigen. Einzelne Banken leiteten bereits Diskontkredite für verschiedene deutsche Industrien ein ähnlich dem kürzlichen viermillionendollarkredit für die Zuckerindustrie.

Die russisch-englischen Verhandlungen.

Abbruch und neue Fühlungsnahme.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl das englische Auswärtige Amt am Dienstag morgen ein Communiqué herausgegeben hat, in dem erklärt wurde, die englisch-russischen Verhandlungen seien zusammengebrochen, erzählt man am Abend, daß der Bruch nicht so vollständig sei, als zunächst angenommen wurde. Indessen weigern sich die amtlichen Stellen, über die Art der Annäherung, die inzwischen wieder stattgefunden haben soll, irgendwelche Einzelheiten mitzuteilen, solange eine darauf bezügliche Erklärung des Unterstaatssekretärs Bonsonby noch nicht erfolgt sei. Jedenfalls besteht jetzt die Hoffnung, daß die Russen einige weitere Zugeständnisse in den finanziellen Bedingungen des zur Diskussion stehenden englisch-russischen Vertrages machen werden.

London, 6. August. (W.F.B.) Reuter erfährt, daß im Hinblick auf die Tatsache, daß Bonsonby morgen im Unterhaus über den Abbruch der englisch-russischen Verhandlungen eine Erklärung abgeben werde, in amtlichen Kreisen geringe Reizung besteht, sich zur Lage zu äußern. Indessen sei es sehr wohl möglich, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei und daß vielleicht sogar einige weitere Zusammenkünfte stattfinden würden. Doch sei nichts Endgültiges bekannt.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

Die Arbeiterpartei für La Follette.

New York, 5. August. (E.P.) Der Volksgesundheitsausschuss der Arbeiterpartei hat in einer Sitzung in Atlantic-City beschlossen, keinen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen, sondern den Mitgliedern der Partei zu empfehlen, für La Follette zu stimmen. Die Unterstützung der Progressiven durch die Arbeiterpartei wird allerdings keinen offiziellen Charakter tragen.

Gefährdung deutscher Interessen.

Reaktion und Achtsundentag.

Genf, 6. August. (U.) Der polnische Delegierte beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hat dem Arbeitsamt mitgeteilt, daß die polnische Regierung bereit sei, auf die verlängerte Arbeitszeit in den ober-schlesischen Häfen zu verzichten, wenn die deutsche Regierung die Bestimmungen des internationalen Abkommens über den Achtsundentag respektiere.

Diese Meldung ist von großer politischer Bedeutung. Vor kurzem hat die Betriebsratswahl auf einem deutsch-oberschlesischen Werk ein ganz überraschendes Anwachsen der polnischen Stimmen ergeben. Da eine nennenswerte Vermehrung des polnischen Bevölkerungsteiles nicht stattgefunden hat, kann dieser polnische Stimmengewinn nur darauf zurückgeführt werden, daß die polnische Regierung erklärt hat, sie werde das Washingtoner Abkommen über den Achtsundentag dem Parlament zur Ratifizierung unterbreiten, während in Deutschland eine derartige Zusicherung immer noch fehlt und die Arbeitszeit immer neuen Verlängerungen ausgesetzt ist. Erinnert man sich, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien das Proletariat deshalb in überwiegender Zahl für Deutschland gestimmt hat, weil es die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung zu behalten wünschte, und ist man sich ferner bewußt, daß ein großer Teil der polnischen Arbeiter und schon gar die Militärs großen Appetit auf weiteren Landgewinn haben, so erkennt man, wie weitere Verschlechterungen der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung und eine Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens die elementarsten deutschen Interessen gefährdet.

Die verkrachte Selbsthilfe.

Ober: Der Wert agrarischer Versprechungen.

Die Agrarier fordern bekanntlich den Schutz der nationalen Arbeit, wozu sie in erster Linie nicht den Schutz der Werkstätten und Produzenten in Industrie und Landwirtschaft meinen, sondern die anstrengende Tätigkeit der Bezahler von Bodenrente. Die lebhafteste Entrüstung darüber, daß die Arbeiterpartei für die Ruhiere der Bodenrente, für Spekulanten, Verpächter, Fideikommissbesitzer und andere wertvolle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft dieser Art wenig Interesse hat, und daher den Schutzpol ablehnt, während sie geeignete Maßnahmen zur Ausbreiterhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durchaus unterstützt — diese Entrüstung ist keineswegs nur aus Aerger über das angeblich mangelnde Verständnis der Sozialdemokratie für die Landwirtschaft zu erklären. Vielmehr spielen da ganz andere Gründe mit. Einmal fühlen sich die Agrarier ihrer Sache ohnehin nicht ganz sicher. Zum anderen aber suchen sie mit ihrem lauten Geschrei über den Bankrott der bisherigen Agrarpolitik hinwegzutäuschen. Man will vergessen machen, daß die Agrarier nach vor kurzer Zeit von der freien Wirtschaft den deutschen Verbrauchern alles Heil versprochen haben. Die freie Wirtschaft haben sie erreicht, und nun verlangen sie die Zwangsbewirtschaftung des deutschen Konsums durch die Uebersteuerung des Brotes und Fleisches.

Dabei waren die Zusagen, die damals gemacht wurden, um nichts weniger selbstlicher und überheblicher wie die Ankündigungen, die man jetzt im Falle der Annahme der Schutzzölle macht. Am 29. Januar 1921 hielt der Deutschnationale Weizsäcker eine Reichstagsrede, in der er sich ebenso lebhaft für den freien Strohmarkt, d. h. für das Monopol des Strohstoffkonzerns, und für die freie Getreidewirtschaft einsetzte. Damals sagte er wörtlich:

Geben Sie auch der Landwirtschaft baldigst volle wirtschaftliche Freiheit, sorgen Sie dafür, daß nicht immer Verteuerungen der Betriebsmittel eintreten und daß alle willkürlichen Störungen von den Betrieben vermieden werden. Das ist der einzig richtige Weg zu einer Erhaltung der deutschen Landwirtschaft.

Ähnliche Töne ließ der Volksparteiler Duschke vernehmen, als er am 15. Juni 1921 im Reichstag zusammenfassend ausführte:

... Ich wiederhole also: wir sind für die freie Wirtschaft, weil wir erkannt haben, daß nach Einführung der freien Wirtschaft, wie wir sie für einzelne Gebiete im Ausschluß für Volkswirtschaft beschließen haben, nach kurzer Uebergangszeit und bei der Freigabe von Milch und Butter sofort ohne Uebergangszeit bessere, erträglichere Verhältnisse eingetreten sind, als sie vorher unter der Zwangswirtschaft waren. Wir sind der Ueberzeugung, daß nur die freie Wirtschaft im freien Spiel der Kräfte bessere und erträglichere Verhältnisse schaffen kann.

Heute sucht man das freie Spiel der Kräfte wieder durch Schutzzölle auszusparen. Damals freilich suchte man den Verorthern sogar vorzutäuschen, daß die freie Wirtschaft keineswegs die unter der Zwangswirtschaft noch niedrigen Getreidepreise an die Weltmarktpreise heranzuführen würde. Man setzte sich sogar für eine Preisregulierung durch den Staat ein, wenn eine solche Gefahr drohte. Und es war kein Geringerer als der inzwischen verstorbene Landbundführer Eder v. Braun, der damals im Reichstage ausführte:

... Aber meine Damen und Herren, daraus ergibt sich auch ganz von selbst, wenn doch die gleiche Menge von Auslandsgetreide eingeführt werden muß und wenn die Verbilligung bis zu gewissen Grenzen noch weitergeführt werden muß, daß die Regierung auch die Mittel in der Hand hat, den Inlandgetreidepreis so zu beeinflussen, daß er keine Extragezinsen macht und nicht an den Weltmarktpreis herankommt. Ich halte die Auffassung für ganz falsch, daß der Brotgetreidepreis bei freier Wirtschaft in Deutschland ohne weiteres an den Weltmarktpreis heran muß. Solange wir unsere Grenzen gegenüber dem Ausland fest halten — und das betrachte ich auch bei der Einführung der freien Wirtschaft für selbstverständlich; wir dürfen unter keinen Umständen dulden, daß deutsches Getreide nach dem Ausland ausgeführt wird; wir verlangen nach der Richtung die härtesten Maßnahmen —, dann besteht kein Grund dafür, anzunehmen, daß der deutsche Getreidemarktpreis auf den Weltmarktpreis steigen muß, insbesondere dann nicht, wenn die Einfuhr noch zentralisiert bleibt und die Regierung durch eine Verbilligung des ausländischen Getreides dafür sorgt, daß das ausländische Getreide unter dem Weltmarktpreis auf den deutschen Markt kommt.

Heute ist auf Drängen derselben Landbundsleute, die damals den Eder v. Braun zu ihrem Sprecher gemacht hatten, die Exportfreigabe, wenn auch unter geringen Einschränkungen, durchgeführt. Heute schon nehmen die deutschen Agrarier an den preisverteuernden Wirkungen der spekulativen Treibereien des Weltgetreidemarktes teil. Sie ziehen gewaltigen Ruhen, während die Gefahr der Broterzeugung in immer dichtere Nähe rückt. Aber diese Teuerung hält sie nicht davon ab, weiter unentwegt nach den Schutzzöllen zu schreien, obwohl infolge der Getreidenerhöhung die Lage der Landwirtschaft sich wesentlich gebessert hat und auch das Vertrauen der produktiv tätigen Landwirte in die fernere Entwicklung gestiegen ist. Der steigende Absatz an Stickstoff und Kali, der von den Syndikaten gemeldet wird, nachdem die Kredite für diesen Zweck bereitgestellt worden sind, ist doch ein deutlicher Beweis dafür, daß die wirklichen Schaffenden auf dem Lande an die vom Landbund pro-

pagierte Produktionseinschränkung gar nicht denken. Immerhin muß festgehalten werden, daß selbst ein Adler v. Braun die Weltmarktpreise damals nicht für notwendig gehalten hat, ja daß er sogar sich fast wie ein richtiger „Marxist“ für eine Senkung des inländischen Getreidepreisniveaus eingesetzt hat, während die Landbündler von heute die Uberteuering des deutschen Konsums und die ungeheure Belastung der breiten Massen als eine Selbstverständlichkeit hinstellen.

Im Jahre 1922, als die Frage der Einschränkung der Getreidezwangswirtschaft erneut beraten wurde, trat bereits deutlich das Bündnis der schutzwilliger orientierten Kreise in Industrie und Landwirtschaft zutage, obwohl man Grund genug hatte, es damals noch zu verurteilen. War es doch der deutschnationalen Abgeordnete und bekannte Schwerindustrielle Dr. Reichert, der am 30. Januar 1922 unter großer Zustimmung seiner Parteifreunde sagte:

„Wir brauchen ein gewisses Maß von Ellenbogenfreiheit, wenn das großzügige Produktionsprogramm, das vor kurzem in Dresden der Öffentlichkeit dargelegt worden ist, durchgeführt werden soll. Die Landwirtschaft verlangt nicht so sehr die finanzielle Hilfe der Regierung, als die Möglichkeit, daß sie selbst sich Hilfe gewähren kann.“

„Die eigene Kraft“, mit der die Landwirtschaft die Produktionssteigerung herbeiführen wollte, konnte damals nicht hoch genug gepriesen werden. Das führende Agrarierorgan, die „Deutsche Tageszeitung“, schrieb am 31. Januar 1921:

Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft beginnt mit einer großen Kreditgemeinschaft. Ohne den Kredit würde die Produktionsförderung sich nur langsam entwickeln können: wir brauchen schnelle Hilfe. Jedes Wegzucken der Kreditfähigkeit der Landwirtschaft, wie es durch die Zwangsanleihe erfolgen dürfte, ist eine schwere Gefährdung dieses Hilfsworts. Fortsetzung der Umlogungswirtschaft bei Getreide und Aufhebung einer Zwangsanleihe bedeuten ein Zerstückelungswort durch die Regierung, während die Landwirtschaft aus eigener Kraft ein Hilfswort für das Volksganze in Angriff nehmen will. Man gebe diesem Hilfswort die Bahn frei, sonst wird trotz Zuschüssen und steuerlichen Maßnahmen aller Art, die den Beifall der Straße finden, keine wirtschaftliche Besserung eintreten.

Ebenso hat am 21. Februar 1922 der deutschnationalen Abgeordnete Schiele von der freien Wirtschaft dem deutschen Volke alles versprochen. Er sagte damals wörtlich:

„Das allein befehlende Wort für uns und für jeden, der die Dinge draußen beobachtet und der auch wünscht, daß dem Vaterlande durch die Entwicklung ein Dienst erwiesen wird, heißt eben: feste Wirtschaft! Ueber die günstigen Folgen, die eine freie Wirtschaft haben kann, können Sie sich ja vergewissern, wenn Sie die Kartoffelwirtschaft ins Auge fassen, abgesehen von den traurigen Preisverhältnissen.“

Während man gleichzeitig die Hilfe der Schwerindustriellen für die Begründung des Abbaues der Zwangswirtschaft in Anspruch nahm — in dieser Frage kämpften, genau so wie heute bei den Schutzzöllen, Schwerindustrielle und Agrarier in einer Front —, ließen sich die Deutschnationalen dazu herbei, die Uberteuering der künstlichen Düngemittel sogar noch zu begünstigen. Genosse Otto Braun wollte durch sein bekanntes Produktionsprogramm den Gedanken der Umlage mit dem der Befassung billiger Produktionsmittel für die Landwirtschaft verbinden und Vorkehrungen dagegen treffen, daß durch die Preispolitik der Industrieverbände die Landwirtschaft durch die Uberteuering ihres Stickstoffdüngers produktionsunfähig würde. Die höhnische Antwort, die der Reichslandbund damals auf diese im Interesse der Landwirtschaft liegenden Pläne gegeben hat, verdient in ihren zwei wesentlichen Sätzen festgehalten zu werden. Zur Linken gewandt, führte Abg. Schiele aus:

Sie haben sich aber nicht nur geschaut, die Landwirtschaft in Fesseln zu legen, sondern Sie wollen auch einen wesentlichen Teil der Industrie in Fesseln legen, nämlich die Düngemittelabriken. Gegen eine solche Befriedigung Ihrer Zwangswirtschaftsgefühle müssen wir uns unter allen Umständen wenden. . . .

Man sieht: damals strögte die Landwirtschaft von Selbstbewußtsein und lehnte jeden Versuch einer ehrlichen Hilfe für die wirklich Produktionsstättigen mit maßloser Ueberhebung ab. Die eigene Kraft war es, auf die sie bauten und die über alle Schwierigkeiten hinweghelfen sollte. Aus den Kraftmeiern von damals sind heute Heulmeier geworden, die sich nicht schämen, die Hilfe der Mindestbemittelten zur Erzielung möglichst hoher Getreidepreise in Anspruch zu nehmen.

Das Ganze ist ein Kapitel von dem Wert agrarischer Versprechungen, an das man sich heute erinnern muß, wenn man den von der Wissenschaft widerlegten, von den Agrariern trotzdem aber noch so gepriesenen Nutzen der Schutzzölle richtig beurteilen will. Das arbeitende Volk jedenfalls dürfte auf Grund agrarischer Versprechungen kein zweites Experiment so kostspieliger Art machen.

Wulles Alarmruf.

Die Angst vor dem Reichsbanner.

Den armen Völkischen geht's schlecht. Genau so wie bei den Kommunisten geht auch bei ihnen die Konjunktur merklich zurück. Wohl nur darauf ist es zurückzuführen, daß die rechtsradikale Presse neuerdings den Bolschewisten schreck macht. Das scheint überhaupt der neueste Tipp aller Rechtskreise zu sein. Die „D.L.Z.“ z. B. fabriziert einen zwei Spalten langen Leitartikel und versichert allen Ernstes, daß eine fürchtbare kommunistische Gefahr für Deutschland heraufziehe und daß unbedingt „etwas geschehen“ müsse. Bei diesen Worten muß bekanntlich immer irgend „etwas geschehen“. Entweder muß ein Putsch gemacht werden oder es muß ein „Direktorium“ gebildet werden oder es muß der Bürgerblock zustande kommen, irgendwie müssen diese Leute einen radikalen Bruch herbeiführen, der ihnen ihre alte Vormachtstellung wiedergibt. Sie werden natürlich niemand finden, der diesen neuesten Schwindel nicht durchschaut. Der künstlich aufpolierte Bolschewisten schreck ist nichts anderes als Agitationsstoff zur Verschleierung ihrer politischen Restaurationsziele.

Reinhold Wulle erzählt seinen gläubigen Lesern allen Ernstes, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Organisation sei, die von den Kommunisten für den kommenden Bürgerkrieg ausgenutzt werden solle! Es wird einem ordentlich schaurig zumute, wenn man seinen phantastischen Schwindel genießt. In einem großen „Alarmruf an alle völkischen Organisationen“ schreibt Herr Reinhold Wulle wörtlich:

„Die völkischen und nationalen Kreise in Deutschland lassen sich durch die augenblickliche Ruhe nicht über die Lausche hinwegtäuschen, daß der Kommunismus unter der Oberfläche stieberhaft arbeitet, um bei passender Gelegenheit loszuschlagen. Es ist auch damit zu rechnen, daß im Falle eines solchen Losschlages wesentliche Teile des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitgerissen werden, unbekümmert darum, ob die Leitung dieser Organisation damit einverstanden ist oder nicht. Seit einiger Zeit verfolgte ich Nachrichten aus allen Teilen des Reiches, denen zufolge überaus Ueberfälle auf völkische Gruppen durch dieses sogenannte Reichsbanner inszeniert werden. Bericht der kommunistischen Aufstand las, so wird namentlich die sozialistisch eingestellte Jungmannschaft sich ganz von selbst der Bewegung anschließen. Außerordentliche Geldmittel stehen diesen sozialistischen Organisationen zur Verfügung. Ganz offen wird in diesen Kreisen von dem kommenden Bürgerkrieg gesprochen, die Notwendigkeit von Attentaten erörtert. Ich bin dahin unterrichtet, daß selbst in Untergruppen ganz offen die Beseitigung pogromischer Führer erörtert wird, darunter befindet sich auch meine Wenigkeit. Ich bin für diese Ehrung außerordentlich dankbar. Wahrscheinlich werden Landarbeiterstreiks die Kämpfe einleiten, in Mecklenburg konnte man bereits kommunistische Quartiermacher feststellen. Die Uniformierung scheint ziemlich weit vorgeschritten zu sein. Ein derartiger Zustand ist um so wahrscheinlicher, als der Sozialismus aller Richtungen auf der ganzen Linie abgewirtschaftet und einfach den Boden unter den Füßen verliert, wenn nicht durch die Ergreifung der politischen Macht dieser Entwicklung ein Riegel vorgeschoben wird.“

In diesem Stil gehen dann die Phantasien des Herrn Wulle weiter. Mit der größten Freiheit und Ungeniertheit werden militärische Rüstungen der Kommunisten, der schärfsten Gegner des Reichsbanners, mit dem Aufbau dieser Organisation zum Schutze der Republik auf eine Stufe gestellt. Dabei weiß Herr Wulle natürlich ganz genau, daß die kommunistische Presse tagaus tagein einen fanatischen Kampf gegen das Reichsbanner führt. Herr Wulle, der ausdrücklich versichert, daß er die Presse sehr genau verfolge, könnte zum Beispiel wissen, daß fast täglich kommunistische Rowdies oft gemeinsam mit völkischen Heldenjünglingen Mitglieder des Reichsbanners belästigen. Wie die Kommunisten über das Reichsbanner denken, sieht man aus einer Berliner Korrespondenz der „Wostauer „Swistka“, dem offiziellen Organ der Sowjetregierung, wo unter dem völkischsprechenden Titel „Sozialdemokratische Streiftruppe zur Bekämpfung des Proletariats“ über das Reichsbanner u. a. folgendes geschrieben wird:

„Es (das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) ist ausschließlich zur Bekämpfung der deutschen revolutionären Arbeiterkraft ins Leben gerufen.“

Die Sozialdemokratie bietet dem Bürgertum ganz offen ihre Dienste im Kampfe gegen das deutsche Proletariat an.

Es ist selbstverständlich, daß dabei an einen Kampf gegen die Monarchisten und Faschisten gar nicht gedacht wird. Daraus kann keine Rede sein, weil diese sozialdemokratischen Organisationen auf Befehl des Bürgertums geschaffen sind, mit einem ganz bestimmten Zweck, und weil sie — was keinem Zweifel unterliegt — vom Bürgertum allseitig unterstützt werden.

Es ist kein Zufall, daß die Organisation gerade jetzt ins Leben gerufen ist, wo die deutschen Kapitalisten sich anheiden, den Sachverstandigenbericht auf Kosten der deutschen Arbeiter zu veröffentlichen. Es ist interessant, festzustellen, daß gleichzeitig mit dem Entstehen der sozialdemokratischen Organisationen die Kapitalisten den faschistischen Organisationen und Zeitungen ihre Subventionen entziehen.

Die Kapitalisten haben eingesehen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zu ernst ist, um sich auf die faschistischen Banden zu verlassen, die bekanntlich keinen besonderen Mut aufweisen und sich im Kampfe gegen das Proletariat noch nicht bewährt haben. Sie haben deshalb beschlossen, ihre Sache den Sozialdemokraten anzuvertrauen, die im Laufe der letzten Jahre ihre Treue gegenüber der Bourgeoisie bewiesen haben.“

Das ganze Gejammer des Herrn Wulle und seiner Freunde über das Reichsbanner kommt ja nur daher, weil sie einsehen, daß ihnen ihre Felle allmählich wegschwimmen. Die Freiheit der terroristischen Antifaschistenbanden war nur so lange möglich, solange die Republik sich nicht selbst verteidigte, solange alle ehrlichen Republikaner ohne Unterschied der Parteirichtung sich nicht zum Schutze der demokratischen Freiheit und einer verfassungsmäßigen Entwicklung zusammenschlossen. Endlich hat die Abwehr begonnen und der Erfolg ist unverkennbar. Das hysterische Geschrei Wulles besagt alles.

Es ist erfreulich, daß der Gedanke des Reichsbanners, alle republikanischen Kreise zum Schutze der Republik zusammenzufassen, einen mächtigen Wall der Massen zu bilden, an denen sich die Wellen der Bürgerkriegsagitation und des Putschismus von rechts und links brechen müssen, immer weiter an Boden gewinnt. So haben die deutschen Windthorst-Bünde auf ihrer Tagung in Glad sich auch mit diesen Fragen beschäftigt. In dem Bericht der „Germania“ heißt es:

„In der Frage der Stellungnahme zu den völkischen Verbänden und zu den Schutzverbänden der deutschen Republik begnügte man sich mit dem Bericht des 2. Ausschusses, indem die völkischen Verbände und die sogenannten „völkischen“ Organisationen aus den Gründen, die schon auf der letzten katholischen Jungmännertagung in Fuda in einer Entschließung angegeben worden sind, abgelehnt wurden, wogegen die Schutzorganisationen für die deutsche Republik als notwendig anerkannt werden und der Beitritt den Mitgliedern der Windthorst-Bünde freigestellt wird. Schon während der Tagung sind dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zahlreiche Teilnehmer beigetreten.“

Auch ein Jubiläum.

Von Hans Peter, Karlsruhe.

Ein Jubiläum sonder Art ist von der kultivierten Menschheit vergessen worden. — Man feiert Gedächtnis großer Menschen, die Daten von Völkerverträgen und grandiosen Naturereignissen, aber das Gedächtnis an wirtschaftliche Errungenschaften verschwindet meist in der Versenkung der Vergessenheit. Selbst die sonst ja alles wissende Presse hat Tag und Datum verstimmt, wiewohl sie der Tag, den ich meine — den 275. Geburtstag des Zeitungsinferats — am ureigsten angeht.

„Zweihundertfünfundsechzig Jahre Zeitungsinferat!“

„Was? — Die Zeitung ist ja viel älter!“

„Stimmt!“

Mit der Geburt der Zeitung war das Zeitungsinferat noch lange nicht zur Welt gebracht. Bereits Anno 1615 druckte Egenolph Emmel in Frankfurt a. M. eine regelmäßig wöchentlich einmal erscheinende Zeitung, die „erschütterliche und ergötliche Nachrichten aus aller Welt“, aber keinmal Inferate hatte. Erst vierundzwanzig Jahre später schlug die Stunde des Zeitungsinferats.

Es war in London am 12. April Anno 1649, einem Tag, an dem die Hühner in der Queen-Mary-Gasse bis in den Mutloz rötlich durch den Nebel flackerte, da trat ein Herr, der honorable Sir Horstfried, in die Offizin des „Impartial Intelligencer“. Mr. Blackwhite, Besitzer, Redakteur und Drucker in einer Person dieser damals einzigen regelmäßig erscheinenden Zeitung Londons, erhob sich unwillig aus seinem weitausladenden Sorgenstuhl, spritzte die breite Rielfeder geschäftig aus und begrüßte seinen Besucher. Wie erstaunte er aber, als er das Anliegen des Gentleman hörte! — Zwei Pferde waren diesem in der Nacht zuvor gestohlen worden, Lieblingspferde, an deren Wiederbeschaffung ihm sehr viel gelegen sei.

„Was soll ich dabei?“ fragte Mister Blackwhite kopfschüttelnd.

„In Ihrem „Intelligencer“ abdrucken!“

„Im „Intelligencer“? Wo, Sir, geht nicht!“

„Warum nicht? — Fünf Schillinge für die Anzeige.“

Und Sir Horstfried legte fünf schwere Silberstücke auf den Tisch. Mister Blackwhite beachtete die Silberlinge, welche anscheinend frisch aus der Münze kamen und gar lieblich in dem zuckenden Kerzenlicht glänzten, und fragte sich verlegen unter der weißgrauen Perücke. — Das war ihm neu! In seinen „Intelligencer“, der nur Nachrichten von der Regierung, Statistiken und Begebenheiten aus aller Welt brachte, sollte eine Anzeige über einen Pferdebstahl mit dem Hinweis auf gute Belohnung!

„Wollt Ihr oder nicht?“ Und schon zuckte die Hand des ehrenwerten Gentleman, das Geld wieder aufzunehmen. „Nein, Sir, ich will's versuchen!“ Und gemächlich setzte sich Mister Blackwhite zu seinen Swegenstuhl, tauchte die schön geschwungene Gongsfeder in die

Tinte und fuhr raschend und frohend mit großer Schnelldrucker über das Papier. — Das „erste“ Inferat entwarf!

Die Londoner staunten, als sie die erste Anzeige im „Impartial Intelligencer“ lasen. — Ob der honorable Sir Horstfried auf Grund dieses Inferats zu seinen gestohlenen Lieblingsen kam, ist geschichtlich nicht bekannt, aber daß er unbewußt den Anstoß zu einer kulturgeschichtlichen Tat gab, das wissen wir.

Rasch lebte sich das Inferat in den Zeitungen ein, und bereits acht Jahre später gab es in London Zeitungen, welche ausschließlich Anzeigen enthielten. In Deutschland brachte die Berliner Zeitung „Einkommende Ordinar Postzeitungen“ im Jahre 1665 die ersten Inferate, und zwar Buchhändleranzeigen über neue Broschüren, wie z. B.: „Hierbei werden einige Relationen von dem Cometen und 1. Großen absonderlich verkauft.“ — Heute ist das Inferat das materielle Rückgrat der meisten Zeitungen, da die oft außerordentlich kostspieligen Leistungen des modernen Journalismus in gar keinem Verhältnis stehen zu dem geringfügigen Abonnementspreis der Zeitung.

Die Schnellfertigkeit der Traumvorgänge. „Es war mir“, sagt der holländische Forscher Lendel, „schon als etwa elfjährigem Knaben aufgefallen, wie rasch sich eine große Geschichte (ein lange dauernder Vorgang) in Traum abzuspielen vermag. In meiner damaligen Wohnung wurde morgens früh eine Glocke dreimal je 4 bis 5 Sekunden geläutet. Einmal träumte ich eine lange Seerosegeschichte, offenbar durch die Glocke veranlaßt. Als ich beim (geräumten) Räuten der Abfahrtskloche des Dampfers erwachte, erlönte die Glocke im Hause noch ein paar Sekunden, und zwar zum erstenmal.“ Eine fast gleiche Beobachtung schildert Herr Dr. Weigel-Windchen in der Halbmonatsschrift „Natur und Kultur“. „Mir träumte vor einiger Zeit so außerordentlich lebhaft, daß mir die Einzelheiten des Traumes nicht mehr aus dem Gedächtnis schwinden, ich stünde auf dem Bahnsteig meines Heimatortes und erwartete den Zug, mit dem ich abreisen wollte. Der Bahnhof liegt 1 1/2 Kilometer außerhalb des Dorfes und gewährt auf weite Strecken hin freien Ausblick. Man sah den Zug jeweils schon mehrere Kilometer weit herannahen. Ich stand also auf dem Bahnsteig mit mehreren anderen Reisenden und erwartete ungeduldig die Annäherung des Zuges. Wie die Bahnhofuhr zeigte, war die Fahrplanmäßige Abfahrtszeit bereits überschritten, aber vom Zug war nichts zu sehen. Immer wieder sah ich die Bahnglocke erklingen, immer wieder auf die Uhr, deren Zeiger sich rasch vorwärtsdrehen. Eine Stunde hatte ich bereits gewartet — das Bild der Uhr ist mir noch ganz frisch im Gedächtnis — da kündete endlich die Weckglocke des Bahnhofs mit ihren charakteristischen Schlägen die Einfahrt des Zuges an. Ich sah den Zug noch heranbrausen, dann erwachte ich und — im selben Augenblick begann mein Wecker zu rassen. Der ganze Traum, der nach meiner Empfindung mindestens die Dauer einer Stunde umspannte, war offenbar durch den ersten Anschlag der Weckglocke verursacht worden.“

Eine deutsche Verkehrsunterkunft soll vom Mai bis Oktober 1925 in Rügen stattfinden.

Ein amerikanisches Urteil über das deutsche Theater. Der Direktor des New Yorker Deutschen Theaters, Rudolf Bach, der sich in Deutschland aufhielt, um neue Stücke zu erwerben und Künstler für seine Bühne zu engagieren, berichtet in der „New Yorker Staatszeitung“ über seine Eindrücke in Deutschland. Er hat etwa 20 Theater besucht und stellt zunächst den schwachen Besuch fest, wofür er die Ursache in den hohen Eintrittspreisen sieht. Weiter schreibt er: „Die Operetten sind dabei auch noch großer Miß. Man verliert in fast allen Operetten neueren Datums dem amerikanischen Geschmack Rechnung zu tragen, wohl in der Hoffnung, dieselben nach Amerika verkaufen zu können, aber die meisten dieser Schlimms. Forttrotts und Jazznummern sind direkt unmöglich.“ Dabei würden den Hauptdarstellern Bogen bezahlt, die selbst für Amerika als zu hoch erschienen würden, während die Durchschnittsschauspieler kaum genug verdienen, um ihr Leben zu fristen.

Das entsetzliche Metall. Eine gewaltige Erweiterung unserer Vorstellungen vom Kosmos ist durch Beobachtungen des Harvard-Observatoriums gestiftet. Die Astronomen entdeckten nämlich von dort aus ein neues Metall, den entfernsten Gegenstand, der je von einem Menschenauge gesehen wurde. Das Licht braucht von dort aus eine Million Jahre, um zur Erde zu gelangen. Das neue Metall ist, wie in der „Umschau“ berichtet wird, 6 Quintillionen Meilen weit. Es wurde zunächst vor einigen Jahren durch Photographien beobachtet, die einen ganz blauen Fleck am Firmament zeigten. Über durch Aufnahmen mit dem 100-Zoll-Teleskop von Mount Wilson, dem größten der Welt, konnte festgestellt werden, daß es sich bei dieser Sternwolke wirklich um ein Metall handelt. Es entspricht den Nebelhaars-Wolken, schwachen Lichtflecken am südlichen Himmel, die zuerst von Wogelhaens gesehen wurden und jetzt als ein großes Sternsystem erkannt sind. Der Durchmesser des Kosmos, zu dem unser Metall gehört, wurde bisher auf 350 000 Lichtjahre geschätzt. Der weitaus größte Teil der Unendlichkeit, den der Menschengeist jetzt erfasst hat, ist aber noch dreimal so weit.

Der kleine Welt wird überbrückt! Die Kopenhagener „Västisken“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem höheren Eisenbahnbeamten, in der dieser mitteilt, daß mit den Landarbeiten zum Brückenbau auf beiden Seiten dieser Meerenge im Frühjahr 1925 begonnen werden wird. Eisenbahnchef Hensborg sowie sein Mitarbeiter, Ingenieur Engelund, beschäftigen vorläufig alle größeren Brückenbauunternehmer der Welt. Mit dem eigentlichen Brückenbau wird im Herbst 1925 begonnen werden können.

Die Akademie der Künste veranstaltet auch in diesem Jahre im Herbst eine Schwarz-Weiß-Ausstellung am Carver Platz 4, zu der außer den Werken der Mitglieder und der eingeladenen Gäste freie Einladungen ausgestellt werden. Die Ausstellung wird Ende September eröffnet und etwa 4 bis 6 Wochen dauern.

Der Weltrekord einer Ente. Eine englische Ente, die an dem See bei Weymouth in Dorset landete, hat einen Weltrekord aufgestellt, indem sie an jedem von 225 aufeinanderfolgenden Tagen ein Ei legte. Eine andere Ente legte 254 Eier in der Zeit vom 21. Juli 1923 bis zum 21. Juli 1924 und hielt damit einen Rekord für das Eierlegen in einem Jahr auf. (Wenn diese Ente nur keine „Ente“ ist.)

Diese Entwicklung wird wesentlich dazu beitragen, daß das Geschrei des Herrn Wulle ebenso wirkungslos bleiben wird, wie die putschistische Wühlarbeit des deutschen „linken“ Kommunismus. Die schwerste Zeit für die Republik ist vorbei, es muß und wird wieder vorangehen.

Die Arbeiterschaft wach zu genau, warum sie sich hinter die Republik stellt und warum sie an ihrem Aufbau mitarbeitet. Die dunklen Kräfte, die von rechts und links ihren Sturz mit allen Mitteln verjagt haben, werden ihre Hoffnungen aufgeben müssen. Ihre Zeit ist vorbei.

Gumbels Suspendierung aufgehoben.

Karlsruhe, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Im badischen Landtag hat Unterrichtsminister Dr. Hespach am Mittwoch vormittag zum Fall Gumbel gesprochen und Gumbels Äußerungen von dem „Feld der Unrecht“ als recht unerfreulich bezeichnet. Gumbel habe inzwischen einen Brief an den Senat der Universität Heidelberg geschrieben, in dem er den von ihm gewählten unrichtigen Ausdruck als ein Produkt des Augenblicks bezeichnet, er habe nicht die Gefühle jener verletzen wollen, die den Krieg bejahren. Er bedauere den Ausdruck. Der Minister erklärte, daß auf Grund dieser Erklärung Gumbels das Unterrichtsministerium seine Anordnung, die Gumbel seiner Behörde suspendiert, aufgehoben habe. Das Verfahren gegen Gumbel nehme aber seinen weiteren Fortgang. Gumbel hätte den Brief an den Senat 4 Tage früher schreiben müssen.

Mannheim, 6. August. (M.B.) In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages wurde ein Antrag der Kommunisten auf Wiedereinsetzung des Privatdozenten Dr. Gumbel in sein Lehramt einem Ausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen. In der Aussprache hatte sich der sozialdemokratische Redner im Sinne des kommunistischen Antrages ausgesprochen, während die Redner der deutschnationalen Volkspartei sich gegen Dr. Gumbel wandten.

Das Ende einer Verleumdung.

Gegen den sozialdemokratischen Beigeordneten, Stadtrat Lindemann in Eisenach, wurden vor längerer Zeit in der Thüringer bürgerlichen Presse die furchterlichsten Enthaltungen verbreitet. Er sollte sich als Dezentist des Städtischen Wirtschaftsausschusses Unregelmäßigkeiten haben zuschreiben lassen. Lindemann wurde daraufhin sofort seines Amtes enthoben und gegen ihn ein Strafverfahren anhängig gemacht. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Lindemann einstellen müssen, weil das Beweismaterial zur Erhebung einer öffentlichen Anklage in keiner Weise für genügend erachtet werden konnte. Wenn schon ein Staatsanwalt eine Untersuchung gegen einen sozialdemokratischen Beamten einstellt, kann man bei unserer heutigen Justiz wohl sicher annehmen, daß mit der größten Ruhe und beim besten Willen wirklich nichts entdeckt werden können. Aber die verhängende Verleumdung, mit der jeder Sozialdemokrat in einem öffentlichen Amt verfolgt und bekämpft wird, die bleibt natürlich bestehen. Das Beständel heißt ja doch nur, daß schließlich immer irgend etwas längen bleiben möge. Man wird gespannt sein können, ob Stadtrat Lindemann nun endlich volle Genugtuung verschafft und er wieder in sein Amt eingesetzt wird.

Interpellation in Württemberg.

Stuttgart, 6. August. (M.B.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Reil hat an die württembergische Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet:

„Bei der am 3. August stattgefundenen Gedächtnisfeier zu Ehren der Gefallenen des Weltkrieges waren im Unterschied zu den Gedächtnisfeiern bei ähnlichen Veranstaltungen der letzten Zeit fast sämtliche Staatsgebäude nur in den Landesfarben, nicht in den Reichsfarben beflaggt. Ich erlaube das Staatsministerium um Auskunft darüber, warum die Beflaggung in den Reichsfarben gerade an diesem Tage, der den Gedanken der Reichseinheit, für den die im Kriege Gefallenen und Gestorbenen ihr Leben opferten, betonte, unterbleiben ist. Ich bitte ferner um Auskunft darüber, ob das Staatsministerium bei künftigen Gedächtnisfeiern die Beflaggung der Staatsgebäude in Reichsfarben anordnen will.“

Die Antwort darauf ist ungewiß schon vorweg durch folgenden Erlaß der Regierung zur Verfassungsfeier für den 11. August gegeben: Zur Feier des Verfassungstages am 11. August sind die staatlichen Dienstgebäude in den Reichs- oder Landesfarben zu beflaggen. Den Beamten und Angestellten, die an Verfassungsfeiern teilnehmen wollen, ist auf Antrag, soweit die Dienstverhältnisse es gestatten, Dienstbefreiung zu gewähren.

Die Fürsorge für die Ausgewiesenen.

In Erwartung der Londoner Beschlüsse.

Von dem Ergebnis der Londoner Konferenz wird es abhängen, ob die Rückkehr der Vertriebenen aus den besetzten Gebieten über das jetzt von den französischen Behörden festgesetzte Maß stattfinden kann oder nicht. Die zuständigen deutschen Behörden haben für den Fall, daß die Verhandlungen in London in diesem Punkt Erleichterungen bringen sollten, zusammen mit den karitativen Organisationen und den großen Verbänden Maßnahmen getroffen, um die Rückkehr der Ausgewiesenen nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die schwierigste Frage ist natürlich die Wohnungsfrage, denn die Neuschaffung von rund 3000 Häusern genügt natürlich bei weitem nicht, um auch nur einen kleinen Teil der Ausgewiesenen unterzubringen. Aus diesem Grunde ist damit begonnen worden, in den größeren Städten Holzhäuser zu errichten, die durch ihre besondere Bauart geeignet erscheinen, die Bewohner auch gegen die Unbilden des Winters zu schützen. Weiterhin bemüht man sich, durch die zuständigen Wohnungsämter Zimmer freizumachen, in denen die Heimkehrenden wenigstens vorläufig Unterkunft finden können. Ein Teil der Beamten wird allerdings damit rechnen müssen, daß er die Heimkehr zunächst ohne seine Familie bewerkstelligen muß, da die Wohnverhältnisse zu beschränkt sind.

Allerdings ist zu hoffen, daß die Franzosen, immer vorausgesetzt, daß die Londoner Besprechungen günstig verlaufen, einen Teil der jetzt von ihnen beschlagnahmten Häuser und Wohnräume freiwillig zu räumen bereit sind. Von verschiedenen Seiten sind für die Errichtung neuer Wohnhäuser für die Vertriebenen, sowie überhaupt für die Unterstützungszwecke größere Spenden eingeleitet worden. Bedauerlicherweise haben diese Sammlungen bisher recht geringe Ergebnisse gehabt, so vermochte die Reichspost bisher insgesamt nur für 60 000 M. Unterstützungsmarkten für die vertriebenen Deutschen zu verlaufen. Es soll seitens der maßgebenden Stellen nochmals ein Appell an die Öffentlichkeit gerichtet werden, durch Spenden dazu beizutragen, den Vertriebenen, die zum Teil ihre gesamte Habe verloren, die Möglichkeit zum Wiederaufbau ihrer Existenz zu geben.

Der Islandkonflikt. Konsulminister Thomas und Innenminister Henderson verhandeln in Dublin mit dem irischen Cosgrave und anderen irischen Ministern über die Frage der irischen Grenze.

Kilometerfresser.

Das Geld ist bekanntlich knapp, das hört man heute überall bis zur Verblüffung, wie der neueste „Schlager“ lautet. Da ist es nur zu erklärlich und logisch, daß sich jeder dritte schäme Jüngling ein schlechteres Motorrad kauft, oder zum mindesten einen Motor in sein Zweirad einbauen läßt. Das Geld ist, wie gesagt, verdammt knapp, und daher ist ein großes, schweres Motorrad schon für 250 Mark zu haben, bei einer Anzahlung der Hälfte der Summe. Wenn der Motorradfahrer die notwendigen Formalitäten bei der Steuer und der Polizei erledigt hat, dann wird er ohne weiteres auf die leidende Menschheit losgelassen. Die traurige Folge sind die zahlreichen Unfälle, die sich ständig mehr und fest langem schon eine stehende Rubrik der Zeitungen bilden.

Wer in der Stadt wohnt, kann die Sucht der meist jungen und übermütigen Leute, so schnell wie möglich zu fahren, nicht so erkennen. Innerhalb der Stadt ist einmal infolge des lebhaften Straßenverkehrs ein gemäßigteres Tempo geboten, und außerdem fürchten die „Herrenfahrer“ die zahlreichen, scharf auspostenden Schuposposten. Aber draußen in den Borsteinen und auf den Chausseen, da ist das wahre Dorado der Kilometerfresser. Hier kann der Schupomann und der Landhüter bei der großen Geschwindigkeit, mit der die Motorräder dahinschnellen, die Nummer nicht erkennen, und er hat kein Mittel in Bereitschaft, den beschleunigten Kilometerfresser in seiner waghalsigen Fahrt aufzuhalten. Die Tafeln aber, die auf den Chausseen und in den Landkreisen aufgestellt sind, auf denen die Geschwindigkeit für Autos und Motorräder angegeben ist, beachten natürlich der echte Sportsmann nicht. Dazu kommt, daß die Herren Motorradfahrer fast alle hinter sich auf schmalen, schwankenden sich das Fräulein Braut mit sich führen, so daß ein Spatzvogel diese Räder Brautmobile getauft hat. Das Fräulein Braut ist zuerst, wenn die Fahrt losgeht, sehr mutig. Wenn aber die Geschwindigkeit immer größer und gefährlicher wird, bekommt auch sie es mit der Angst zu tun, rückt unruhig auf dem unsicheren Platz hin und her, umklammert verzweifelt den Fahrer, der ins Schwanken kommt, und schließlich kippt die Karre um.

Häufig genug aber ist der Fahrer selbst nicht sicher auf dem Sitz und fest genug im Sattel. Von jedem Automobilfahrer wird verlangt, daß er vor der Höflichkeit eine Prüfung darüber ablegt, ob er es versteht, einen Wagen zu steuern. Will man wirklich die Zahl der durch die Motorräder verursachten Unfälle vermindern, wird es notwendig sein, daß auch der Motorradfahrer auf seine Fähigkeit, ein Rad lenken zu können, geprüft wird.

Der falsche Rebsdat.

Eine folgenschwere Verwechslung.

In der vergangenen Nacht wurde der 29 Jahre alte Weinküfer Zwickl aus der Kolanienkollee mit dem Raubmörder Rebsdat verwechselt und schwer angefahren. In geradezu unverantwortlicher Weise hat sich hier der Gärtner Rudolf Bork als Privatdetektiv aufgeführt, der schäuer sein wollte als die Polizeibeamten. Die Folge ist ein schwer gefährdetes Menschenleben. Der leichtfertige Täter wird für die un sinnige Tat voll verantwortlich gemacht werden müssen.

Gegen 2 1/2 Uhr ging der Gärtner Rudolf Bork aus der Christburger Straße angerufen durch die Preussauer Allee und sah vor dem Haus Nummer 52 auf einer Bank einen Mann sitzen, in dem er den gesuchten Raubmörder Rebsdat zu erkennen glaubte. Er ging an ihn heran, schob ihm die Waffe aus der Stirn und erklärte ihm, daß er Rebsdat sei. Der Mann, in dem später Zweifel festgestellt wurde, vertrat sich das. So gerieten die beiden in Streit. Zwei Beamte der Schutzpolizei, die außer anderen Beuten desutamen, überzeugten sich, daß Bork sich irrt, trennten die Streitenden und gingen weiter. Gleich darauf hörten sie einen Schuß fallen. Bork war in der Meinung, daß der Mann auf der Bank doch Rebsdat sei, wieder umgekehrt. Wie er sagt, um ihn nicht entweichen zu lassen, gab er aus seiner Pistole einen Schuß auf ihn ab und traf ihn dicht unter dem Herzen in die Brust so schwer, daß er von der nächsten Rettungsfeste ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die beiden Schuposbeamten nahmen Bork fest und brachten ihn nach der Wache.

Die Verfassungsfeier der Berliner Polizei.

Die Feier des Verfassungstages soll in diesem Jahre auch von der Berliner Polizei durch eine große Veranstaltung begangen werden. Während sich bisher die Verfassungsfeier der Schutzpolizei nur in internem Rahmen auf dem Hof der Alexanderkaserne vollzogen hatte, wird die gesamte Berliner Polizei, und zwar sowohl die Schutzpolizei wie die Kriminal- und Verwaltungspolizei, soweit die Beamten am Verfassungstage abkömmlich sind, sich am 11. August, vormittags 10 Uhr, im Lustgarten vor dem Schloß versammeln. Da der Dienst der Polizei an diesem Tage insbesondere auf diese Feier zugeschnitten ist, ist zu erwarten, daß mindestens 6000 bis 7000 Berliner Polizeibeamte vor dem Schloß Aufstellung nehmen werden. Das Programm der Feier steht noch nicht endgültig fest, wahrscheinlich wird Reichspräsident Ebert selbst, bestimmt aber der preussische Ministerpräsident Braun dabei das Wort ergreifen. Auf jeden Fall wird die Berliner Polizei seit ihrer Reubildung nach dem Kriege mit dieser Veranstaltung zum ersten Male in einem starken Aufgebot an die Öffentlichkeit treten.

„Rud - Zud.“

Ran schreibt uns:

„Ich war Sonntag auf dem Potsdamer Platz, als um 12 Uhr für zwei Minuten Verkehrsstillstand eintrat zum Gedächtnis der Toten des Weltkrieges. Als das Schweigen zu Ende war, mußte ich schaudernd feststellen, welche Feldweibelle neben mir gestanden hatte. Sofort plagte er zu keinem Begleiter heraus, daß die Sache nicht richtig geklappt hätte, weil es nicht „Rud - Zud“ ging wie beim Griffe klopfen der alten Arme. Er hätte am liebsten die Sache 14 Tage vorher gelöst, damit sie schneller klappte, zum mindesten aber um 12,02 Uhr kommandiert: Zurück marsch, marsch, daselbst nochmal — bis es klappt. Um dieses Problem scheinen die Gedanken dieses Menschen während der zwei Minuten getreift zu haben. Auf alle Fälle hat er an die nicht gedacht, denen das Gedanken galt: an die Opfer des Weltkrieges.“

Die Stahndorfer Grabräuber vor Gericht.

In der Zeit der steigenden Metallpreise im Vorjahre wurde der große Zentralfriedhof in Stahndorf fast täglich von Metalldieben heimgesucht. Die Diebe haben in zahlloser Weise Denkmäler zerstört und Teile davon weggeschleppt. Alle Nachtwachen waren vergebens, trieben sich doch diese Friedhofshäupter am hellen lichten Tage als Travergehande umher. Ein Friedhofswärter bemerkte eines Tages, wie sich ein Traverpaar über einen Hügel im Bezirk Schöneberg zu schaffen machte, auf dem es gar nichts zu tun hatte. „Ich muß doch endlich die Rosenstöcke anbinden“, meinte die Frau, als sie sich beobachtet glaubte. Unauffällig folgte der Wärter dem Paar und kurze Zeit darauf war der Mann im Besitz einer Bronzehand von einer Frauenarchitektur abgesehen. Bei der Verhaftung fand man in den Ärmeln des Paares einen Edelstein, verschlungene Kinderhände und Bronzefüßchen vor. Auch das nötige Diebeswerkzeug kam zum Vorschein. Die Denkmälerdiebe wurden als der 41jährige Schlosser Fritz Grenz und seine 31jährige Ehefrau Frieda aus Berlin festgenommen. Vor dem Potsdamer Amtsgericht wegen

gemeinsamlichen Diebstahls im Rückfalle angeklagt, erkannte das Gericht unter Verlesung mildernder Umstände bei beiden ein Jahr Gefängnis auf je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust. Der Ehemann G. wurde gleich in Haft gehalten. Die Frau wurde entlassen, da sie zu Hause noch ein neun Wochen altes Kind zu versorgen hat.

Ein Erfolg für Groß-Berlin.

Gatow und Cladow gegen die Ausgemeindung.

In den beiden am westlichen Ufer der Havel gelegenen Dörfern Gatow und Cladow, deren Ausgemeindung der Ausschuss des Preussischen Landtags vor einigen Wochen beschlossen hatte und über deren endgültiges Schicksal im September der Preussische Landtag entscheiden soll, hat jetzt dieser Tage eine Listenabstimmung unter den Einwohnern über die Ausgemeindung aus Berlin stattgefunden.

Dabei hat sich gezeigt, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung von einer Ausgemeindung aus Berlin nichts wissen will. Es haben sich nämlich in Cladow von 228 Einwohnern bei 743 Abstimmungen (einschließlich der Angehörigen) 721, also 77,7 Prozent der Bevölkerung oder 97,1 Prozent der Abstimmenden, für Berlin ausgesprochen, für Osthavelland nur 220. In Gatow haben von 609 Einwohnern bei 315 Abstimmungen (einschließlich der Angehörigen) 486, also 74,8 Prozent der Bevölkerung oder 88,5 Prozent der Abstimmenden, für Berlin gestimmt, für Osthavelland nur 59. Die Gärtnervereine bereiten eine Petition an den Landtag vor, die in den nächsten Tagen den zuständigen Stellen überreicht werden soll. Es ist zu erwarten, daß der Landtag an dieser nahezu einmütigen Willensäußerung der Bevölkerung nicht vorübergehen und Cladow und Gatow in Berlin belassen wird.

Am Übrigen ist das Ergebnis dieser Abstimmung ein voller Erfolg für den Gedanken der Einheitsgemeinde, den die Sozialdemokratie als einzige Partei all die Jahre hindurch vertreten hat. Jetzt, wo die Stabilisierung der Währung allmählich normale Beziehungen auch in der Gemeindepolitik schafft, zeigt sich eben für jeden abstrakt unwiderleglich, daß die Groß-Berliner Einheitsgemeinde wirtschaftlich bedeutend leistungsfähiger ist. Man kann mit Sicherheit rechnen, daß in ein bis zwei Jahren überhaupt kein Mensch mehr von einer Los-von-Berlin-Bewegung reden wird. Was an der inneren Organisation Groß-Berlins zu ändern ist, wird sich von innen heraus von selber entwickeln. Der Vorteil der Einheitsgemeinde wird aber so groß sein, daß in Kürze jeder über die bürgerlichen Richtumpolitiker lachen wird, die diesen ungeheuren Fortschritt mit offenem Schmutzglas Demagogie bekämpft haben.

Verfassungsfeier, Postkarten.

Der Bundesvorsitzende Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat sich an den Reichspostminister mit einem Antrag gewandt, besonders Verfassungsfeier-Karten am 10. August durch einen besonderen Poststempel mit der Aufschrift „Verfassungsfeier 1924“ zu versehen. Die so abgestempelten Postkarten hätten selbstverständlich für Sammler einen besonderen Wert. Es ist wohl anzunehmen, daß das Reichspostministerium diesem Antrag um so eher entsprechen wird, als durch derartige und ähnliche vielleicht zunächst als harmlos erscheinende Dinge im Inland, wie auch im Ausland das Vertrauen zu dem neuen deutschen Volksstaat verstärkt wird.

In der Notwehr erschossen?

Der Kriminalassistent Ludwig Wolf, der schon lange Jahre bei der Berliner Kriminalpolizei tätig ist und als junger, ruhiger Beamter bekannt sein soll, hat gestern Abend im Hof des von ihm verwalteten Hauses Frankfurter Allee 315 zwei Diebstahlhelfer namens Max Jarloff und Johann Lutzke im Streit erschossen. Die Händler sollen ihn und seine Frau in eine Falle gedrängt und schwer bedroht haben. Daraus resultiert die Erschlagung ein Akt der Notwehr gewesen sein. Bolle Klarheit kann erst die Vernehmung der Zeugen bringen.

Heber Frankreich und Deutschland.

Die Berliner Ortsgruppe der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ hatte gestern Abend in ihren Räumen in der Wilhelmstraße einen kleinen Kreis geladener Gäste veranstaltet, vor denen der Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte, Guernut, sich über Fragen der französischen Politik äußerte. Er sprach sich sehr zuversichtlich über die Stellung des Ministerpräsidenten Herriot aus. Wenn auch der Unfallsfall im Senat über seine Mehrheit verfügt, so ginge der parlamentarische Brauch in Frankreich doch dahin, daß der Ministerpräsident nur auf Grund eines Mißtrauensvotums des demokratischen Parlamentes, also der Kammer, zurückzutreten brauche. Hier steht aber die Mehrheit durchaus auf Seiten Herriots. Frankreich hat in keinem Etat riesige Beiträge für seinen Schuldendienst einstellen müssen; deshalb fordert das französische Volk, daß Deutschland seinen Teil zu der Abtragung der Kriegsschulden beitrage. Die allgemeine Stimmung Frankreichs Deutschland gegenüber betrachtete Guernut sehr optimistisch. Mit dem Geschrei einer kleinen Minderzahl besonders Interessierter und ihrer Presse identifiziert sich die große Masse der Bevölkerung keineswegs. Die französische Liga für Menschenrechte, die nicht nur für eine gerechte Behandlung Deutschlands eintritt, sondern auch ganz allgemeinen politischen Grundfragen huldigt, hat sich in den letzten Jahren ganz außerordentlich entwickelt. Vor 25 Jahren mit zwölf Mitgliedern gegründet, hat sie jetzt 120 000 Friedensfreunde zu Anhängerin, die sich aus allen Parteien und Bevölkerungsschichten zusammenschließen. Die auch für deutsche Verhältnisse interessante Frage eines Anwerfens, ob die Möglichkeit bestünde, daß sich aus der französischen Liga eine Partei entwickeln könnte, die für Parlamentswahlen eigene Kandidaten aufstellen würde, verneinte der französische Genosse. Die Tatsache, daß Mitglieder vieler Parteien in der Liga vereinigt sind, würde bei einer solchen Entwicklung der Liga deren Sprengung zur Folge haben. Die französische Liga für Menschenrechte betreibt keine Parteipolitik, sondern eine Politik der Prinzipien. Gerade dieser interfranzösischen Politik hat die Liga ihren Einfluß auf die Regierung Herriot zu danken.

Petroleum ins Feuer.

Die etwa 80jährige Frau Helene Schmidt aus Lichtenberg, Oberstr. 10, verunglückte gestern beim Feueranmachen. Sie gab Petroleum ins Feuer. Dabei wurde sie von der Stichflamme erfaßt und erlitt schwere Verletzungen am Oberkörper. Sie mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Ihr Zustand ist sehr bedenklich.

Die grauenvolle Tat einer Mutter. In der Nacht zum 4. d. M. hat eine in Köpenick wohnende 27jährige Frau in ihrer Wohnung ihren beiden 1 und 3 Jahre alten Söhnen mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten und dann durch Öffnen der Pulsader und durch einen Halschnitt Selbstmord verübt. Dem Vorfall waren Streitigkeiten mit dem Ehemann vorausgegangen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einflüssen für diese Rubrik sind Kreis an des Bezirkssekretariat, Berlin, S. W. 8, Lindenstraße 3. 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

21. Okt. Moegen, Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr, Funktionärsversammlung, Wilmersdorf, Ede Christburger Straße.
162. W. Westmannsplatz, Donnerstag, den 7. August, 8 Uhr, bei Pusch, Ortsabschluss.

Gewerkschaftsbewegung

Die festgestellten der Straßenbahn.

Die Schlichterung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter über die Art, wie mit den Straßenbahnangehörigen bei der Umwandlung in eine G. m. b. H. umgegangen wurde, in Nr. 355 des "Vorwärts", wird durch die folgende Zuschrift eines festgestellten ergänzt:

Als nach der sogenannten Stilllegung der Straßenbahn der Betrieb auf wenigen Linien wieder aufgenommen wurde, da wurden plötzlich alle festgestellten des Bureau- und Aufsichtspersonals zum Magistrat bzw. den Bezirksämtern verlegt. Hier erhielten sie denn auch gleich am 30. September die Kündigung zum Jahresabschluss unter Berufung auf die Betriebsstilllegung der Straßenbahn, obgleich sie von dieser Stilllegung zunächst überhaupt nicht betroffen waren, da sie am 9. September ihren Dienst nach wie vor verrichteten, ihr neuer Dienst aber mit der Straßenbahn nichts mehr zu tun hatte. Trotz des Einspruches gegen die Kündigung erfolgte am 31. Dezember die Entlassungen unter Auszahlung eines Abfertigungsgeldes bis zu sechs Monaten. Sie wurden dann noch unter besondern Verträgen als Ausschüßkräfte bis Mitte Januar in den städtischen Bureaus beschäftigt und dann entlassen. Ihr Einspruch gegen die Kündigung wegen Stilllegung der Straßenbahn hatte schieflich den Erfolg, daß am 25. Januar die Kündigung aus diesem Grunde zurückgenommen und sie — eine neue Kündigung auf Grund der Personalabbauplanung bekamen. Der Abbauplan erfolgte am 1. April mit einer Abfindungssumme bis zu vier Monaten, je nach dem Dienstalter, unter Anrechnung des bereits erhaltenen Abfertigungsgeldes. Außerdem erhielten die Abgebauten die jährliche Zulage, daß sie im Falle der Invalidität oder nach Zurücklegung des 65. Lebensjahres Ruhegeld erhalten. Diese Angehörigen, die eine Dienstzeit von 10, 20 und 30 Jahren hinter sich haben, sind natürlich noch arbeitsfähig, allein für ihre Arbeitsfähigkeit finden sie keine Verwendung. Auf Erwerbslosenunterstützung haben sie keinen Anspruch, da sie der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Was sollen diese abgebauten "Festbestellen", die ihre beste Arbeitskraft der Berliner Straßenbahn gegeben haben, nun machen? Könnte die Straßenbahn nicht verpflichtet werden, diese erfahrenen und erprobten Angestellten in ihren Dienst zu nehmen?

Verschlechterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Nach den neuen Richtlinien, die der Reichsarbeitsminister am 21. Februar d. J. erlassen hat und jetzt im Reichsarbeitsblatt bekannt gibt, abweichend von den bisher geltenden Bestimmungen, u. a. für den Verkauf von Rohreis und Milch eine Verkaufszeit von fünf (statt zwei) Stunden, für Gegenden mit besonders starkem Fremdenverkehr an 20 Sonn- und Festtagen im Jahre den Verkauf von Bädern, Andenken, Luxusartikeln, Tabakwaren für die Dauer von fünf Stunden bewilligt werden.

Grundätzlich wichtig als Durchbrechung des Verbots des allgemeinen Warenverkaufs ist folgende Bestimmung: "Für Gemeinden in Gegenden in denen infolge weitläufiger Siedlungsweise für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis dafür vorliegt, kann der Verkauf weiterer Bedarfsgegenstände auf die Dauer von zwei Stunden zugelassen werden."

Der Minister sieht die Gefährlichkeit dieser Zulassung wohl ein. Den Landesregierungen, als deren Vereinbarung die Richtlinien bezeichnet werden, wird eingeschärft: "Ich möchte empfehlen, daß Anordnungen im Sinne (dieses Punktes) nur aus zwingenden Gründen getroffen werden. Es muß m. E. durchaus vermieden werden, der bloßen Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit des Publikums nachzugeben; eine Ausnahme von der Sonntagsruhe, wie sie durch diese Bestimmung ermöglicht wird, darf m. E. nur bewilligt werden, wenn es zum Zwecke der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung geboten erscheint."

Es bleibt abzuwarten, wie weit die kgl. bayerische und ähnlich geartete Regierungen sich nach diesem "Erachten" des Herrn Dr. Brauns richten werden.

Selbstverständlich werden die Gewerkschaften den Behörden bei der Anwendung des neuen Erlasses scharf auf die Finger zu sehen haben. Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen, die länger als zwei Stunden an Sonn- oder Festtagen beschäftigt werden, ist ein freier Samstag in der Woche zu gewähren. (Wenn der Herr Geschäftsinhaber so freundlich sein will! D. Red.)

Der Schlußsatz besagt: Weitere als die vorstehend vorgesehene Ausnahmen sollen in der Regel nicht bewilligt werden. In dringenden Fällen und unter besonderen Umständen können jedoch die Landesregierungen Ausnahmen von den obigen Richtlinien bewilligen.

Der durchgefallene DSB.

Bei der Wahl zum Gesamtbetriebsrat der AEG. fiel der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband durch. Auf seine Liste waren nur sechs Stimmen abgegeben. Infolgedessen hatten die deutschnationalen Handlungsgehilfen kein Mandat im Gesamtbetriebsrat erhalten. Nun zählten sie die Häupter ihrer Leiben in den AEG-Betrieben, und es fanden sich neun Wahlberechtigte, die erklärten, für die Liste des DSB. gestimmt zu haben. Als sie aber diese Erklärung durch eine vom Vertreter des DSB. verlangte eidstattliche Versicherung betätigen sollten, da zogen sich zwei von den angeführten Wählern des DSB. zurück. Immerhin blieben noch sieben, welche die eidstattliche Versicherung unterschrieben. Ausgerüstet mit diesem "Scheinmittel", erhoben die deutschnationalen Spitzenvertreter beim Gewerbegericht Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahl. Sie behaupteten allen Ernstes, ihre siebente Stimme müsse durch irgendeine unredliche Handlung aus der Urne entfernt worden sein. Die Beweiserhebung ergab jedoch, daß eine Wahlfälschung, falls man nicht an die Wirkwirkung übernatürlicher Kräfte glauben sollte, ausgeschlossen ist.

Das Gericht kam einstimmig zu dem Beschluß, den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl zurückzuweisen. Da zwei Wähler, welche zuerst angaben, für die Liste des DSB. gestimmt zu haben, ihre Erklärung zurückgezogen hatten, so könne auch die Differenz von einer Stimme auf einem Verstum beruhen. Erfahrungsgemäß komme es ja öfter vor, daß ein durch den Wahlkampf aufgeregter Wähler einen anderen Stimmzettel abgibt, als er beabsichtigt habe. Jedenfalls reiche das Beweismaterial nicht aus, um die Wahl für ungültig zu erklären.

Schiedspruch für die Leipziger Metallindustrie.

Leipzig, 6. August. (Eigener Bericht.) Der bisherige Stundenlohn der Leipziger Metallarbeiter betrug 53 Pfennig. Das Lohnabkommen lief am 26. Juli ab. Die Unternehmer beabsichtigen, anstatt der geforderten Lohnerhöhung von 20 Proz. einen Lohnabbau durchzuführen. Am 29. Juli tagte der Schlichtungsausschuß, der einen Schiedspruch mit 55 Pfennig Spitzenlohn fällte. Eine Betriebsräteversammlung der Leipziger Metallarbeiter nahm den Schiedspruch an, da keine Möglichkeit besteht, augenblicklich mehr zu erreichen. Die Leipziger Metallindustriellen aber haben den Schiedspruch abgelehnt, trotzdem ihnen bekannt war, daß derselbe für Zwickau, Bauen, Chemnitz und Dresden (es kommen 120 000 Metallarbeiter in Frage) für rechtskräftig erklärt wurde. Der Metallarbeiterverband hat daher die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Am kommenden Sonnabendvormittag finden die Vorverhandlungen statt.

Ritter des Gregorius-Ordens.

Nach einer Aea-Nachricht aus Wien hat Papst Pius XI. die Verdienste des Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Franz Wieber in Dautsburg, auf dem Gebiete der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und "seiner segensreiche Tätigkeit zum Wohle" der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer derart geschätzt, daß er Herrn Wieber zum Ritter des Gregorius-Ordens ernannte.

Ob die Herren Adam Siegenwald und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereits Ritter dieses Ordens sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Das "Gewerkschaftsarchiv" hat seine Augustnummer (Heft 4) dem Arbeitsrecht und der Arbeitszeit gewidmet. "Der Tarifvertrag als Quelle des Arbeitsrechts" wird von Dr. G. Flato w auf Grund der Ende 1922 bestehenden Tarifverträge gewürdigt. Clemens Kärpel kommt bei seinen Betrachtungen über Zwangsstarie zu dem Schluß: "Schafft starke Gewerkschaften mit freier Betätigungsmöglichkeit, dann werdet ihr auch gute Arbeitsverträge haben." Die Neuregelung der Arbeitszeit im Rahmen der Entwicklung des Arbeitsrechts erörtert Dr. Ernst Franke l-Frankfurt a. M., während Kra nold-Jena keine Untersuchungen "zur Problematik des Achtstundentages" fortsetzt. Die Ueberlichten von Falkenberg, Seibel und Suhr schließen das Heft ab.

Bei Besprechung des "Gewerkschaftsarchiv" in Nr. 31 der "Gewerkschaftszeitung" geht Genosse Kärpel auch auf das Nebeneinander der neuen Monatschrift des ADGB, "Die Arbeit" und dem "Gewerkschaftsarchiv" ein und bemerkt dazu:

"Sachlich liegen... die Dinge... so, daß die Gewerkschaftsbewegung eine große Zahl wichtigster Probleme und einen Millionenkreis von Menschen umfaßt. Schon diese Tatsachen beweisen die Notwendigkeit aus mehrerer Organe. Dann können sich dieselben auch gegenseitig befruchten und anspornen. Es gibt einen Beharrungszustand, dem auch der Beste unterliegt, wenn der unmittelbare Antrieb nicht vorhanden ist. Demgegenüber bieten "Die Arbeit" und "Gewerkschaftsarchiv" nebeneinander die Gewähr, daß beide das Höchste leisten..."

"Wäge die große deutsche Arbeiterbewegung die Sicherheit dafür bieten, daß auch das "Gewerkschaftsarchiv" seine Aufgaben erfüllen kann. Die Arbeitnehmer sollten auch diese Zeitschrift in jeder Beziehung fördern."

Italienische Spinnerinnen sind in Chignolo in den Streik eingetreten, worauf die Unternehmer mit der Aussperrung antworteten.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Zweiter Verhandlungstag.

Prag, 5. August. (Eigener Bericht.)

Die heutigen Verhandlungen des Kongresses leitete der tschechische Bergarbeiterverband. Es sind auch zwei Vertreter der spanischen Bergarbeiter eingetroffen. Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 125 Delegierte aus 13 Staaten anwesend sind. Die Debatte über Lohnsätze und Kollektivverträge wird fortgesetzt. Im Schlußwort empfiehlt Delaires die Annahme folgender Resolution, die einstimmig erfolgte:

"Der Internationale Bergarbeiterkongreß hat die Frage der Kollektivverträge besprochen und fordert die Festsetzung eines mit einem anständigen Lebensunterhalt in Einklang stehenden Lohnes für alle Bergarbeiter. Der Kongreß ist der Ansicht, daß in dieser Zeit der wirtschaftlichen Störungen des Prinzip des für eine anständige Lebensunterhaltung ausreichenden Lohnes neue Bedeutung erhält. Der Kongreß befiehlt deshalb die Organisation von Kampagnen in den angeschlossenen Ländern zur Erreichung der Festsetzung eines mit den Lebenshaltungskosten im Einvernehmen stehenden Minimallohnes auf dem Wege des Gesetzes oder durch Kollektivverträge. Um diese Kampagne zu erleichtern, wird das internationale Sekretariat allen angeschlossenen Verbänden den Text der in Kraft stehenden Gesetze oder Kollektivverträge, sowie Angaben über die Mittel zur Erzielung solcher Uebereinkommen und Gesetze übermitteln. Auf dem nächsten internationalen Kongreß werden die angeschlossenen Organisationen der verschiedenen Länder über die zur Ausführung dieser Resolution gemachten Anstrengungen und dabei erzielten Erfolge Bericht erstatten."

Ueber die Bergwerksinspektion referiert Brozil-Tschechoslowakei. Er führt aus, daß langsam und unter steigendem Druck der Arbeiterchaft die Anerkennung gewisser Mindestforderungen in den einzelnen Staaten erreicht worden ist. In den Vordergrund dieser Vorkahrungen gehört

Der Schutz des Lebens und der Gesundheit

der Arbeiter. Als richtigen Gradmesser der Kultur in den einzelnen Ländern kann man einzig und allein die Schutzvorschriften für Leben und Gesundheit der Arbeiter annehmen. Vor allem gilt dieser Grundsatz für den Bergbau, der infolge seines Charakters neben schwerster, anstrengendster Arbeit den Arbeitern solche Gefahren für ihr Leben bringt, die bei ungenügender Bekämpfung zu den furchtbarsten Katastrophen führen. Nur durch genügende Sicherheitsvorschriften und ihre strikte Einhaltung und Durchführung ist Vorbeugung möglich und kann eine große Anzahl

Menschenleben vor Vernichtung oder schwerer Schädigung bewahrt werden.

In der Debatte spricht zunächst Lister-England, worauf Franz-Deutschland mittel, daß

Die Zahl der Unfälle in Preußen

außerordentlich hoch ist. Erst die grauenhafte Raddab-Katastrophe im Jahre 1908 hat zur Schaffung der Sicherheitsmänner geführt. Fallonee-Belgien spricht über den Mangel an Fürsorgevorschriften im belgischen Bergbau. Rossy-Frankreich hofft, daß auf dem nächsten Kongreß alle Redner über Verbesserungen berichten können. Murray-Amerika teilt mit, daß im amerikanischen Bergbau in den letzten vier Monaten 993 Menschen umgekommen sind. Eine Resolution im Sinne des Referats und der Debatte wird einstimmig angenommen.

Ueber die Frage des Erholungsurlaubes sollte Adamek-Polen referieren, der aber wegen des großen Kampfes in Oberschlesien nicht anwesend ist. In der Debatte führen die Redner aus, daß der egoistische Widerstand der Unternehmer gegen den Arbeiterurlaub gebrochen werden müsse. Herr dem Erholungsurlaub werden die Arbeiter nur dann etwas haben, wenn der Lohn weitergezahlt wird.

Zur Arbeitszeifrage liegt ein Bericht des Engländers Cook vor, in dem es heißt, daß anstatt vorzuschreiten und den Frankfurter Beschluß zur Ausführung zu bringen, die Bergarbeiter jetzt die allergrößten Schwierigkeiten haben, die gegenwärtige Arbeitszeit unverändert zu erhalten. In fast allen Ländern ist versucht worden und wird versucht, die Arbeitszeit im Bergbau zu verlängern. Lombard-Belgien bedauert, daß es den deutschen Bergarbeitern nicht gelungen sei, die Verlängerung der Arbeitszeit hintanzuhalten. Reffron-Tschechoslowakei sagt, daß die Bergarbeiter-Internationale für einheitliche Regelung der Arbeitszeit in allen Ländern kämpfen müsse. In der Tschechoslowakei besteht die gelesliche Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und seit Mai 1920 die 40stündige Arbeitswoche. Die zweifelhafte Arbeitszeitverkürzung am Sonnabend ist den Bergarbeitern ein Dorn im Auge.

Die Bergarbeiter-Internationale muß die deutschen Bergarbeiter in dem schweren Kampf um die Arbeitszeit unterstützen.

Es sprechen weiter Zwanzger-Deutschösterreich, Arch-Südflamen und Estreich-Deutschland, der sagt, daß trotz des wuchtigen Angriffes der deutschen Unternehmer die Arbeitszeit im deutschen Bergbau pro Schicht nur um 18 Minuten länger ist als in Ungarn. Nach einer Rede von Barthe-Frankreich bespricht Lancel-Polen die Verhältnisse in Oberschlesien und Bayer- und Ungarn die dortige Lage. Der heute eintreffende spanische Delegierte Ladeza, mit großem Beifall begrüßt, führt aus, daß alle Versuche der spanischen Diktatur, die Arbeitszeit zu verlängern, bis jetzt mißglückt seien. Murray-Amerika berichtet, daß seit dem Kriege 150 000 Bergarbeiter in Amerika eingewandert sind. Eine Resolution gegen Arbeitszeitverlängerung wird einstimmig angenommen. Auf Antrag der deutschen und der tschechoslowakischen Delegierten beschließt der Kongreß, den kämpfenden Bergarbeitern in Oberschlesien die Sympathien auszusprechen. Die weiteren Verhandlungen werden auf morgen, Mittwoch, vertagt.

Wirtschaft

Deutsch-schweizerische Handelsvertragsverhandlungen.

Für die nächste Zeit sind Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz in Aussicht genommen zur Vereinbarung eines neuen Handelsvertrags. Von deutscher Seite sind beim Bundesrat in den letzten Monaten wiederholt Schritte unternommen worden, um einen Abbau der schweizerischen Einfuhrbeschränkungen zu erlangen. Die deutschen Wünsche konnten aber vom Schweizerischen Wirtschaftsdepartement nicht ohne weiteres berücksichtigt werden, weil Deutschland gegenüber einer Reihe wichtiger Schweizerischer Produkte Einfuhrverbote erlassen hat oder durch Prohibitivzölle den Abfall der schweizerischen Erzeugnisse unmöglich macht. Die Schweiz kann deshalb nach der Ansicht des Bundesrats nicht einseitig ihre Einfuhrbeschränkungen aufheben, sondern müsse für die Freigabe der Einfuhr einerseits deutscher Erzeugnisse unbedingt von Deutschland Gegengestaltungen verlangen. Der ganze Fragekomplex der gegenseitigen Handelsbeziehungen müsse deshalb einheitlich behandelt und möglichst durch den Abschluß eines Handelsvertrages auf eine neue, solide Grundlage gestellt werden. Von schweizerischer wie von deutscher Seite werden die mit dem Abschluß eines neuen Handelsvertrages zusammenhängenden Probleme schon seit geroumer Zeit erwogen. In der nächsten Woche wird in Bern eine erste Sachverständigenzusammenkunft stattfinden, zu der hervorragende Kömmer der deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen eingeladen worden sind. Diese Vorbereitungen deuten darauf hin, daß gegen Ende des Jahres die eigentlichen Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages einsetzen werden.

Die Lederpreise.

Angeichts des ergebnislosen Verlaufs der Lederenquete ist die Tatsache von Wichtigkeit, daß die Lederpreise noch immer weit über Friedenspreis liegen. Wir geben die Entwicklung im Monat Juli wieder:

	1914	Kölner Lederbörse	
		Anfang	Ende
Sohlleder (kg)	2,05	3,20-3,60	3,20-3,70
Zahn Wache (Hälften, kg)	2,40	3,35-3,70	3,45-3,80
(Renn, kg)	4,28	4,25-5,00	4,35-5,00
Rindbox, 1 qu-Fuß	0,75	1,10-1,25	1,10-1,25
Borckox, 1	1,00	1,25-1,75	1,35-1,75

Im Anschluß an die Preissteigerungen auf den Häuteauktionen (Stuttgart, Frankfurt, Berlin, Erfurt usw.), die sich zwischen 5 und 15 Proz. bewegten, zeigen die Lederpreise eine bemerkenswerte Befestigung, die sich sehr wahrscheinlich mit unter Eindruck der allreichen Lederenquete, im Anfang August fortsetzte.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Baternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Heilketten: R. G. Böcher; Sofoles; Sontheis; Fritz Korbelt; Anzeigen: H. Glöck; (ähnlich in Berlin, Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhörs-Druckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

HOLZHAUSER

von 500 Mk. an Schuppen, Hallen, Geragen etc. liefert preiswert kurzfristig Holzhausbau Litzmann 8 54, Lehrjägerstraße 31/33 Norden 1020/21

Metallbetten

Stahlmatrax, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A Irel. Eisenmöbellfabr. Suhl T.H.F.

Was trinken wir?

Erfrischende Limonaden, selbstbereitet aus Reichels Limonaden-Sirup-Extrakten
Himbeer, Kirsch, Citronen-, Orangen-Aroma etc. Köstlicher Fruchtgeschmack. Der erquickende Sommer-Kühltrunk. Vorzüglich auch als Speisebeigabe. Eine Flasche ergibt 3 1/2 Pfd. Limonadensirup M. 0,75, 1/2 Flasche M. 0,45. In Drogerien u. Apoth. erhältlich, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4. Man nehme nur Marke Lichtherz, die Qualität verbürgt.

Wanzen Linksol-Gas

Motten u. Brut kann jeder selbst & in wenigen Stunden ohne Risiko, ohne Geld oder Zeitverlust unter Garantie radikal beseitigen, selbst da wo alle anderen Mittel versagt. - Vorrätig in Drogerien. - Warnung vor minderwertigen Nachahmungen.

Sternzwirne, Näh-garn, Twist

besenreifer, Gummiband, Klümme, Gestül u. f. Kurzwaren, weit unter Tagespreis Günstig, Deutschstraße 15, Refrur 6380

2 Mark wöchentl. Teilzahlung liefert Eleg. Herren-Garderobe fertig und nach Maß Garantie für tadellosten Sitz u. Verarbeitung Maßschneiderei J. Kurzberg Oranienstraße 160, I.

Damen-Konfektion

erhalten Sie bei bequemster Teilzahlung von nur wöchentlich 2.- jetzt auch direkt aus der Fabrik O. Wollburg, Brunnensr. 56-57 Kredit-Abteilung

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken

aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Blusen kaufen Sie am besten und billigsten direkt vom Fabrikanten Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. - Kein Ladenverkauf Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Volkskleidung! Kosen

für Sport, Beruf und Straße. Mancheffers-Knitze, Copen- und Gummimantel, Knitze für Herren u. Knaben, Genden & Geden & Unterhosen. Nur güt. billige Ware, billige Preise.

Berufskleidung! Gerhard Kohnen

Neukölln Hermannstr. 75-77.

Der gute Kapitän-Kanabak

alle den meisten Zigarren gleichfalls erhältlich C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3661